



Amtsgericht Saarbrücken

Beschluss

Terminbestimmung

48 K 70/25

31.07.2026

Im Wege der Zwangsvollstreckung

soll am **Freitag, 26. Februar 2027, 09:00 Uhr**, im Amtsgericht Bertha-von-Suttner-Straße 2, 66123 Saarbrücken, Saal/Raum HKD I - Saal 111, versteigert werden:

Das im Grundbuch von Eschringen Blatt 1722 eingetragene Grundstück

Lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe m ²
1	Eschringen	03	340/4	Gebäude- und Freifläche, Ponsheimer Straße	496

Der Versteigerungsvermerk wurde am 30.09.2025 in das Grundbuch eingetragen.

Verkehrswert: 194.000,00 €

Objektbeschreibung laut Gutachten:

Die Grundstücksgröße beträgt 496 m² und befindet sich am Ortsrand.

Auf dem Grundstück befindet sich ein Massivbau aus dem Baujahr ca. 1925 (keine Daten vorliegend), welcher einseitig angebaut, eigengenutzt und voll unterkellert ist, mit ausgebautem Dachgeschoss.

Die Wohnfläche beträgt im Erdgeschoss ca. 71m² und im Dachgeschoss ca. 63 m².

Eine umfassende Dachmodernisierung erfolgte ca. 2014/15. In Teilen ist ein Fertigstellungs-/Sanierungsstau sichtbar.

Zudem befindet sich eine PKW-Garage (Massivbau) aus dem Baujahr 1966 auf dem Grundstück.

Das Objekt konnte nur von außen besichtigt werden.

Die Anschrift des Objekts lautet: Ponsheimer Straße 2, 66130 Saarbrücken

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller oder bei einer Insolvenzverwalterversteigerung der Insolvenzverwalter widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs – getrennt nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des vor bezeichneten Versteigerungsobjekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Bieter haben auf Verlangen im Termin an das Gericht Sicherheitsleistung i.H.v. mindestens 10% des Verkehrswertes zu leisten. Die Sicherheitsleistung kann neben Bundesbankschecks, durch Kreditinstitute ausgestellte Verrechnungsschecks und Bürgschaft nur noch durch Überweisung auf das Konto der Gerichtskasse (IBAN: DE90 5901 0066 0000 5066 68, BIC: PBNKDEFF590) unter Angabe des Aktenzeichens wirksam geleistet werden. Eine Barleistung ist nicht mehr möglich.

Nähere Angaben zu dem Objekt und weitere Zwangsversteigerungsobjekte im Internet unter www.zvg-portal.de

Leblang
Rechtspflegerin